

Bezugspreis:
Bischofshaus 2.- RM, monatlich 2.- RM
frei ins Haus, wenn möglich. Post-
bezug: monatlich 2.- RM, ggf. Ein-
zahlungsgebühr. Unterzeichner für
Preussland und Österreich-Ungarn
0.25 RM, für das übrige Ausland
10.25 RM, bei täglich einmal Zustellung
8.25 RM. Postbestellungen nehmen an
Potsdam, Holland, Posen,
Schlesien u. die Schweiz. Eingetragen
in die Postbestellungs-Verzeichnisse.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Nonpareilzeilen
betragen 1.20 RM. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 50 Pfg. (ausführlich
2 fertige Worte) jedes weitere
Wort 25 Pfg. Stellenanzeigen und
Sachstellenanzeigen das erste Wort
40 Pfg. jedes weitere Wort 20 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Fernsprechanzeigen 50%.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Vereins-Anzeigen
1.20 RM. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptredaktion Berlin
SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben
werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 24. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Eine Verschwörung im Korps Lüttwitz.

Von Mannschaften des Korps Lüttwitz wird uns folgen-
des mitgeteilt: Am Montagmittag um 5 Uhr mußte das
Reichwehregiment 30 der Brigade Reinhard antreten. Der
Oberst v. Sahlke hielt einen Vortrag über den Frieden,
in dem er ausführte, daß nach der Ablehnung der einschrän-
kenden Klausel durch die Entente der Frieden unan-
nehmbar geworden sei. Er gab seiner Hoffnung Aus-
druck, daß die Mannschaften derselben Meinung seien und
verlangte, daß alle diejenigen, die gegen die Annahme des
Friedens seien, auf die rechte, die übrigen auf die linke Seite
treten. Da die Rede des Obersten keinen Zweifel gelassen
hätte, welches Abstimmungsresultat er wünschte, und seitens
der Vorgesetzten die schärfste Beeinflussung dieser Abstim-
mung vorgenommen wurde, ergiebt Oberst v. Sahlke das
gewünschte Resultat, daß alles rechts heraustrat.

Darauf teilte Oberst v. Sahlke weiter mit: Mit einer
Regierung, die diesen Frieden unterzeichne,
könnte die Reichswehr nicht zusammen-
arbeiten. General v. Lüttwitz habe bereits
mit verschiedenen führenden Politikern
Stellung genommen, die ein neues Kabinett
bilden sollten, und diese Regierung sollte
dann unterstützt werden.

Unter den Unteroffizieren und Mannschaften der Bri-
gade Reinhard herrscht starke Erregung. Das Resultat
der Abstimmung entspricht durchaus nicht der inneren Ueber-
zeugung. Vor allen Dingen aber ist man in Unteroffiziers-
und Mannschaftenkreisen fest entschlossen, sich zu keinerlei
reaktionären Putschversuchen mißbrauchen zu
lassen. Unteroffiziere und Mannschaften stehen auf dem
Standpunkt, daß selbstverständlich die von der Nationalver-
sammlung anerkannte und bestätigte Regierung die einzig
rechtmäßige ist, der sie allein zu Gehorsam ver-
pflichtet sind.

Eine Erklärung des General v. Lüttwitz.
Das Reichswehrgruppenkommando I teilt folgende Er-
klärung mit:

Die Regierung hat den Frieden bedingungslos angenom-
men. Die Reichswehr hat der Regierung durch ihre berufenen
Vertreter rechtzeitig erklärt, daß die Annahme der Deutsch-
land entziehenden Paragrafen, welche die Auslieferung deut-
scher Staatsbürger und das Anerkennung der alleinigen Schuld
Deutschlands am Kriege enthalten, mit ihrer und des Vater-
landes Ehre unvereinbar sei. Ich halte an diesem Standpunkt
unbeugbar fest und werde ihn dem Reichswehrminister und preu-
ßischen Kriegsminister gegenüber erneut aufrecht zu
erhalten wissen. Ich fordere Offiziere, Unteroffiziere und
Mannschaften auf, mit mir ihren Dienst weiter zu tun und
Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich restlos
aufrecht zu erhalten.

Der kommandierende General
gez. Frhr. von Lüttwitz, General der Infanterie.

Aus der Schlussfolgerung dieser Erklärung läßt sich
alles mögliche herausfinden.
Auf die Meldung der „Freiheit“, daß der General
v. Lüttwitz Vorbehalten einen Staatsstreich zur Wiederher-
stellung der Monarchie plane, hat dieser sich beschränkt zu
antworten: „Mir ist von diesen Gerüchten nichts bekannt“.
Von derartigen Putschversuchen abzurücken, hat der General
nicht für notwendig gehalten, obwohl eine solche Erklärung
wesentlich zur Beruhigung beigetragen hätte.

Was geht im Osten vor?
Die „Post“ meldet: „Wie an Regierungsstelle erklärt
wird, liegen dort positive Meldungen aus dem Osten nicht
vor, weil anscheinend die Dnjapfverbindungen mit
dem Osten unterbunden sind“.

Dazu bemerkt die „Post“:
Diese Erklärung deutet darauf hin, daß die von uns schon
wiederholt ange deuteten Ereignisse, mit denen man für den
Fall der Unterzeichnung des Schandfriedens und der sich daraus
ergebenden Preisgabe unserer Ostmarz rechnen mußte, ihre
Schatten bereits vorauswerfen. Die nächsten
Stunden schon dürfen und im Osten vor Tatsachen stehen.
Das läßt tief blicken!

Die Aufteilung unserer Handelsflotte.

Amsterdam, 24. Juni. (Z. U.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge
ist bei der Verteilung der deutschen Tonnage der deutsche Riesen-
dampfer „Imperator“ England zugesprochen worden. Nach
den Angaben und Beschaffenheit des Schiffabteilungsdepartements wird
Frankreich auf seinen Anteil 30000 bis 40000 Tonnen er-
halten, während der größte Teil der österreichischen
Handelsflotte in den Adriahäfen an Italien fallen wird.

Unterzeichnung am Donnerstag!

Weitere Sinaudschreibung der Unterschrift.

Saal, 24. Juni. (S. R.) Vollständig Kriegerbureau mit der
Die Unterzeichnung des Friedensabkommens wird wahrscheinlich
am Donnerstag im Spiegelsaal des Versailler
Schlosses stattfinden. Voraussichtlich werden bestimmte Geier-
lichkeiten mit der Unterzeichnung verknüpft werden.

Wilson wünschte die Unterzeichnung bereits für den Mittwoch,
da er am Mittwochabend abreisen wollte, während Lloyd George
den Dienstag vorzog, da einige Vertreter der Dominien an diesem
Tage heimkehren wollten. Es war aber unmöglich, den Dienstag
oder Mittwoch zu wählen, weil weder die Deutschen noch die Ita-
liener ihre Bevollmächtigten ernannt hatten. Außerdem muß das
Abkommen auf Pergament gedruckt werden, und auch die Verlau-
bigungsschreiben der Unterzeichner bedürfen vorher noch einer Prü-
fung. Es wurde aber beschlossen, wenn sich nicht im letzten Augen-
blick noch Hindernisse ergeben, die Unterschrift im Spiegelsaal
zwischen 12 und 3 Uhr nachmittags am 26. Juni stattfinden
zu lassen.

Vergeltungsmaßregeln Englands.

1800 deutsche Seeoffiziere interniert.

Saal, 24. Juni. (S. R.) Nach einer Londoner Meldung
wurden etwa 1800 deutsche Offiziere und Reserve-
offiziere im Zusammenhang mit der Versenkung der deutschen
Flotte interniert.

Entrüstungsturm über die Flottenversenkung.

Amsterdam, 24. Juni. (Z. U.) Die Versenkung der deutschen
Schiffe erregt in der englischen Presse einen Sturm der Ent-
rüstung und man verlangt, daß gegen die deutschen Offiziere
und Mannschaften energisch vorgegangen werde. Auch
wird kritisiert, daß die englischen Behörden es zu der Versenkung
der Schiffe kommen ließen. Engländer, daß die Schiffe für seine
Wirkten aufbewahrt, komme dadurch in eine unangenehme
Position. Nur wenige Blätter behaupten, daß englische See-
leute in gleicher Lage ebenso gehandelt hätten.

Der Vormarsch auf Frankfurt abgebrochen.

Freudenschütz und Salutschießen der Franzosen.

Frankfurt a. M., 24. Juni. (Z. U.) Um 5 Uhr besetzten
französische Patrouillen den Frankfurter Vorort Rödelheim. Kurz
nach 6 Uhr folgten große Infanteriemassen, Tankgeschwader, Auto-
mobilkolonnen, Bogenschütze und Panzerautos. Mit dem Mitter-
nacht 7 Uhr begann sodann der Vormarsch der Franzosen auf Frank-
furt a. M. Als sie den Stadteil Rodenheim erreicht hatten, er-
hielten die Truppen die Mitteilung, daß Hoch den Rückmarsch be-
fohlen habe. Die Franzosen zogen sich darauf über Haußen aus
dem Frankfurter Stadtgebiet zurück. Im Secort Braunheim hatte
französische Kavallerie bereits den Kriegszustand proklamiert, den
Bewohnern befohlen, die Fenster zu schließen und sich von den Straßen
zu entfernen. In Rödelheim setzte um 7 Uhr 40 Minuten zur Be-
grüßung des Friedensschlusses Salutschießen und Musik ein. Von
Frankfurt aus kann man den ganzen Abend über auf den Höhen
des Taunus die Freudenschütz der Franzosen und farbige Luft-
raketen aufschließen sehen.

Bulgariens Friedensvertrag.

5 Milliarden Vorschusszahlung.

Berna, 24. Juni. (Z. U.) Wie das „Journal de Genève“ von auto-
ritativer Seite erzählt, werden den bulgarischen Bevollmächtigten
die Friedensbedingungen demnächst übergeben werden. Bulgarien
soll im Verlauf einiger Jahre zur Zahlung von 5 Milliarden
und außerdem zu einer Entschädigung und zur Vornahme eines
Teiles seiner Lebensmittellieferung zugunsten der Alliierten sich
verpflichten. Ferner soll es an Serbien und Rumänien alle diesen
Ländern weggenommenen Gebiete zurückgeben.

Ende des Baumwollstreiks in England.

Saal, 24. Juni. (S. R.) Aus London wird dem S. R. gemeldet:
Der Streik der Baumwollindustrie in Lancashire ist heute durch
einen Ausgleich auf der Basis einer 48stündigen Arbeits-
woche und 80prozentiger Lohnerhöhung beendet
worden. Die Arbeit wird am 30. Juni wieder aufgenommen.

44stündige Arbeitswoche in Amerika.

Saal, 24. Juni. (S. R.) Aus New York wird gemeldet: Die
amerikanische Arbeiterversöderation nahm eine Entschlie-
ßung zugunsten der 44stündigen Arbeitswoche an und beauftragte einen
Kongressrat, für diesen Zweck zu wirken.

An die Reichswehr!

Die Meldungen, die wir an der Spitze unseres Blattes
veröffentlichen, lassen keinen Zweifel darüber, daß von ge-
wissen Kreisen der Versuch unternommen wird, die Reichs-
wehr zu reaktionären Putschversuchen zu miß-
brauchen. Die Annahme der Friedensbedingungen ist der
Grund, aus dem die Mannschaft aufgefordert werden soll,
der jetzigen Regierung den Gehorsam zu versagen
und einer neuen Regierung, die von ein paar Generalen in
Verbindung mit abgewirtschafteten reaktionären Politikern
gebildet werden soll, mit Waffengewalt die Herr-
schaft zu erzwingen.

Wir halten es für unsere Pflicht, gleichgültig wie hoch
oder wie niedrig man die Erfolgsaussichten solcher Versuche
einschätzt, an dieser Stelle ein deutliches Wort der
Warnung an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften
der Reichswehr zu richten. Der einzige Erfolg, den ein Ein-
gehen auf derartige Pläne haben könnte, wäre, Deutsch-
lands Unglück zu vollenden, den Untergang
unseres Volkes zu besiegeln. Weiter nichts!

Ein Wort über die Offiziere vorweg. Man soll auch als
Politiker die Ideale der anderen Seite nicht einfach ver-
spotten und herabsehen, sondern sie zu verstehen versuchen,
wenn man sie auch bekämpft. Unter diesem Gesichtspunkt
haben wir Verständnis für die Gewissensbedenken derjenigen
Offiziere, die sich noch jetzt durch den Treueid, den sie einst
dem Monarchen leisteten, wenigstens insofern gebunden
fühlen, daß sie nicht positiv an seiner Auslieferung
mitwirken wollen. Das Ideal der germanischen Mannes-
treue, das diese Kreise beherrscht, ist zwar von den proletari-
schen Idealen himmelweit verschieden, aber es ist in jenen
Kreisen Generationen lang gepflegt worden und kann nicht
mit einem Schlage wie ein Hemd abgelegt werden. Niemand
wird es den Offizieren dieser Anschauung daher verübeln,
wenn sie schweigend auf die Seite gehen und
ihren Abschied nehmen. Im Gegenteil, eine solche reinliche
Scheidung liegt durchaus im beiderseitigen Inter-
esse. Wir wollen, daß die wenigen Offizierstellen, die nach
dem Friedensvertrag in der Reichswehr frei bleiben, in erster
Linie den wirklich republikanisch gesinnten Offi-
zieren zugänglich sind. Mögen also diejenigen ruhig gehen,
die der Republik nur unter Gewissenskonflikten
dienen können.

Aber etwas ganz anderes ist es, wenn solche Elemente
sich zu offener Meuterei und zu Hochverrat zu-
sammenfassen. Niemand muß und wird mit erbarmungs-
loser Schärfe gegen sie eingeschritten werden. Machen
wir uns einmal klar, was die unausbleiblichen Folgen eines
solchen Tuns sind:

Der Frieden ist angenommen, seine Annahme un-
widerruflich. In dieser Tatsache konnte selbst ein
siegreicher Putsch nicht das mindeste ändern. Nachdem
die Annahmeerklärung der rechtmäßigen Regierung ausge-
sprochen ist, ist sie eine geschlossene Tatsache, die jede neue
Regierung, ganz gleich wie sie zustande gekommen ist, aner-
kennen mußte. Genau so wenig, wie die revolutionäre Re-
gierung, die am 1. August 1914 erfolgte Kriegserklä-
rung der alten kaiserlichen und k. k. Heere machen konnte,
genau so wenig läßt sich die am 23. Juni 1919 erfolgte An-
nahme des Entente-Ultimatum von irgendeiner späteren
gegenrevolutionären Regierung wieder auslösen.

An der Tatsache des erfolgten Friedensschlusses könnte
also die neue Bulgarregierung nichts ändern, aber sie würde
uns um sämtliche Vorteile bringen, die der Friedens-
zustand für uns hat. Eine Nichtanerkennung des geschlossenen
Friedens würde gleichbedeutend sein mit einer neuen
Kriegserklärung des kaiserlichen Deutschlands an
sämtliche Ententestaaten! Sämtliche Kriegsmö-
glichkeiten gegen uns würden sofort wieder mit der rücksichts-
losesten Schärfe angewandt werden, und das Ende einer sol-
chen Regierung würde ein Ende mit Schrecken sein,
wie es grauenvoller nicht gedacht werden kann. Aber wahr-
scheinlich würde es gar nicht so weit kommen. Licht
auch nicht durch das Gerücht von ein paar Duzend reaktio-
nären Offizieren darüber täuschen, daß das deutsche Volk
seiner großen Mähe ganz und gar anders denkt. Ein
reaktionärer Putschversuch würde auf den entschiedenen
Widerstand nicht nur der geschlossenen Arbeit-
schaft, sondern auch weiter Kreise des Bür-
gertums stoßen, die klug genug sind, um einzusehen, daß
Wiederkehr des alten Regiments für Deutschland ein
möglichst ist, weil sie jeden Friedensschluß
und künftig ausschließen würde.

Es ist heller Wahnsinn zu glauben, daß die Volksseele jetzt, nachdem sie auf die Lausache des Friedensschlusses eingestiegen ist, sich noch einmal auf Kriegsführung umstellen ließe. Bereits die Tatsache der Annahme des Friedens hat stark auf die Schleichhandelsprelle gedrückt, und es ist gar kein Zweifel, daß in wenigen Wochen, wenn die Grenzen sich öffnen, eine Menge bisher schmerzlich entbehrter Güter wieder Eingang nach Deutschland finden, wie wir das in den besetzten Gebieten schon deutlich sehen. Wir erwarten zwar nicht ein Ende, aber doch ein Nachlassen der Teuerung und der Arbeitslosigkeit, darauf sind heute Millionen Erwartungen eingestellt, und bitterste Enttäuschung würde sich der Massen bemächtigen, wenn das gerade erst geöffnete Tor sich wieder verschließen sollte.

Die Widerstände gegen die neue Regierung würden also so groß sein, daß diese wohl gar nicht erst ans Ruder käme. Der einzige Erfolg eines gegenrevolutionären Putsches könnte nur die innere moralische Verstärkung der Reichswehr sein. Dann hätten wir glücklich wieder jenen überwundenen Zustand des Chaos und der Anarchie, in dem ein paar Haufen rücksichtsloser Terroristen der äußersten Linken jederzeit mit Gewalt die Herrschaft an sich reißen können. Eine kommunistische Diktatur nach russischem Muster wäre das sichere Ende des gegenrevolutionären Putschversuches. Damit aber wäre auch das Ende der Reichswehr selber da, sie hätte nicht nur dem deutschen Volke und der deutschen Freiheit, sondern sich und ihren Angehörigen das Grab gehauen.

Zu diesem traurigen Ergebnis darf sich die Reichswehr auch nicht durch die tragische Lage der Ostprovinzen hindrängen lassen. Das fürchterliche Los unserer Brüder im Osten verdient tiefstes Mitleid und stärkste Anteilnahme; aber dennoch geht es nicht an, daß drei Millionen in den Grenzgebieten den übrigen sechzig Millionen des Volkes ihr Schicksal vorschreiben und ihnen eine Politik aufzwingen, die diese drei Millionen nicht rettet, aber obendrein jene sechzig Millionen dauernd unglücklich macht.

Jedenfalls ist die Reichswehr nicht die Stelle, die über die Mittel und Wege entscheiden darf, mit denen wir unseren Volksgenossen im Osten Beistand leisten. Das ist allein Sache der Vollvertretung und der von ihr eingesetzten Regierung. Gerade in so schweren Zeiten wie den jetzigen, muß der unbedingte Gehorsam gegen die vom Volke in seiner Gesamtheit gewählte Vertretung oberstes und unerschütterlichstes Gesetz sein. Wer die Volkswehr davon abzubringen versucht, der begeht Verrat am deutschen Volke, der hat die härteste Strafe des Hochverrats gegen sich vermerkt und wird entsprechend behandelt werden. Zu dem gelunden demokratischen und republikanischen Sinn der großen Masse der Reichswehrangehörigen haben wir das Vertrauen, daß sie sich von dem einzig möglichen Standpunkt nicht abdrängen lassen werden, daß die Reichswehr eine Truppe der republikanischen Volksgemeinschaft sein und bleiben wird.

Nach dem Sozialistentag. Zur Frage der Einigung.

Der „Deutsche Sozialistentag“, der gestern seine Beratungen schloß, war wieder eine offizielle Veranstaltung der bestehenden sozialistischen Parteien nach von diesen unterstützt. Die Parteileitungen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen handten ihm feindselig gegenüber, und die Kommunisten hielten sich gänzlich abseits. Unter diesen Umständen war es kaum möglich, praktische Ergebnisse zu erzielen, und die Beratungen müssen sich für diesmal mit dem Spruch trösten, daß es genug ist, in großen Dingen gemollt zu haben.

Zunächst verbanden wir dieser Tagung die vollständige Klarheit darüber, daß ohne die Entscheidung der Frage „Demokratie oder Räuberherrschaft“ alles Einigungsbestreben so nutzlos

Gliederstumpfe . . . Summe Klagen!

Im Gewerlichthaus, Engelauer 15, Saal 2 und 3, ist zurzeit eine Ausstellung eröffnet, die wohl als eine der eigenartigsten der Jetztzeit bezeichnet werden kann. Die dort zur Schau gestellten Photographien ehemaliger kriegiger Arbeiterbände bilden in ihrer Gesamtheit ein entsetzliches, graufiges Bild von dem Schicksal der Arbeit.

Der größte Feind des werktätigen Arbeiters ist die Unfallgefahr in seinem Berufe. In jeder Minute seines Schaffens ist er dieser ausgesetzt. Ein winziges Versehen, eine kleine Unachtsamkeit und seine Glieder sind armalmt; er ist ein Krüppel geworden. Mehr oder weniger ist der betroffene Arbeiter für die Folge in seiner Erwerbstätigkeit behindert. Unzählige Arbeitsstunden, unschätzbare positive Arbeitskraft geht hierdurch verloren. Zu einem der gefährlichsten Berufe gehört unstreitig der der Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen. Scharfe Messerwerkzeuge, die in überaus schnell rotierende Maschinen zur Bearbeitung des Holzes zur Verwendung gelangen, bilden hier die direkte Gefahr. Diese Gefahr wird vergrößert, weil das zur Bearbeitung kommende Holz fast ausschließlich mit den Händen an die Werkzeuge herangeführt werden muß. Ein einziges Abschweifen der Gedanken des Arbeiters und ein in diesem Folgen größter Unfall ist geschehen. Die in diesem Beruf angewandten Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Unfälle sind sehr gering. Praktische Schutzvorrichtungen werden selten angebracht, weil ein großer Teil der Betriebsunternehmer um des elenden Profites willen die Kosten für die Betriebsvorrichtungen so niedrig wie möglich zu halten bestrebt ist.

Die zur Erlösung sowie zur Durchführung von Unfallverhältnissvorschriften verpflichteten Berufsvereinigungen sind nicht geeignet, einen wirkungsvollen Arbeiterschutz zu gewährleisten. Spricht schon ihre ganze Zusammenetzung dagegen, so sind sie hierzu auch außerstande, weil sie viel zu wenig Aufsichtspersonal aufweisen. Rechnen liegen die Verhältnisse bei den staatlichen Kontrollorganen, den Gewerbeinspektionen. Auch hier ist wie bei den Berufsvereinigungen die Zahl der Aufsichtsbeamten eine viel zu geringe, um die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen bei Betriebsunternehmern durchzuführen.

Die Folgen dieser ungenügenden Betriebsaufsicht spiegeln sich in den Zahlen der Unfälle eines einzigen Jahres aus dem Bereich der Unfallversicherung. Im Jahre 1917 kamen Unfälle zur Meldung. Davon waren 11820 tödlich, 107684 schwere Unfälle und 704 Verletzte wurden durch ihren Unfall immer hilflos Krüppel. 7142 Witwen beweinen ihren 12967 Kinder haben durch einen Unfall ihren Erzhörer verloren. Welch entsetzliches Elend, welche dauernde Not in diesen Zahlen verborgen!

Reiben muß, wie das Wasserholen in Tibet. In dem Augenblick, in dem die Unabhängigen ihre Vereinigung erklären, die Demokratie in Reich, Staat und Gemeinde nach allen Seiten gegen gewalttätigen Umsturz zu verteidigen und ihre Erziehung durch ein Rätesystem abzulehnen, bedarf es keiner Kongresse mehr, um die Einigung herbeizuführen, die vollzogen sich dann ganz automatisch. Im anderen Fall wäre die Einigung nur möglich, wenn sich die Sozialdemokratie zur Rätediktatur bekehrte, was um so unwahrscheinlicher ist, als diese Herrschaftsform von zahlreichen hervorragenden Vertretern der Unabhängigen — wir nennen nur Kaasch, Haase, Herz, Rehrig, Straßel — in unzweifelhafter Weise abgelehnt wird.

Wäre ein gemeinsames Bekenntnis zur Demokratie möglich, so würden sich alle Personfragen sofort leicht lösen lassen, und die politischen Forderungen der Revolution, ohne die eine wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich ist, wären mit einem Schlage gegen alle Anfeindungen von rechts gesichert. Denn gegen die greinte Macht der Arbeiterklasse vermöchte niemand etwas auszurichten. Besteht aber ein wesentlicher Teil der Arbeiter darauf, die Demokratie durch eine Diktatur zu beseitigen, so werden selbst die kümmerlichen Früchte dieses äußeren Friedens durch den Bürgerkrieg vernichtet werden, und zum Schluß wird der triumphieren, der nicht die Mehrzahl der Köpfe auf seiner Seite, sondern die Ueberzahl der Wuchswaffen in seinen Händen hat. Ob das aber die Arbeiterklasse wäre und ob eine solche Art der Herrschaft, selbst wenn es gelänge, sie aufzurichten, der Arbeiterklasse zum Segen gereichte, ist noch sehr die Frage.

Der äußere Frieden, der geschlossen worden ist, hat die Frage des inneren Friedens aufgerollt. Wir wollen einen inneren Frieden, der kein Gewaltfrieden ist. Der ist aber nur zu erreichen, wenn sich die Arbeiterklasse auf dem Boden der politischen Demokratie einigt, um auf ihm den Kampf gegen den Kapitalismus für die Ziele des Sozialismus aufzunehmen. Nur diese Einigung kann bewirken, daß die Gewalt im Innern aufhört und daß die volle staatsbürgerliche Freiheit hergestellt wird. Für sie wird die Sozialdemokratie mit allen Kräften eintreten.

Am Anschließ an das gestern auf der Einigungstagung von Döbbecke (H. S. P.) gehaltenen Korreferat über das Rätesystem wurde von Rhone-Essen die folgende Erklärung abgegeben, um deren Abdruck wir ausdrücklich gebeten werden. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ich erkläre hiermit, um Klarheit in diesem Kongreß und vor allen Dingen um Klarheit nach außen zu schaffen, im Namen der Mehrheit der Delegierten der H. S. P. D., daß die Ausführungen des Genossen Döbbecke (H. S. P.) sich nicht mit unseren Anschauungen decken und daß ihm das Recht abgesprochen wird, in unserem Namen so gesprochen zu haben.“

Gegen den Bürgerkrieg! Warnung vor Unbesonnenheiten.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Artikel „In letzter Stunde“, in dem u. a. folgendes gesagt wird:

Die Arbeiterklasse wird aber in dieser überaus schweren Zeit an sich selbst die größten Anforderungen stellen. Sie darf sich nicht verleiten lassen zu irgendwelchen Unbesonnenheiten, sondern sie muß trotz alledem Ruhe und kaltes Blut bewahren.

Gerade jetzt drängen sich allerlei dunkle Elemente in den Vordergrund und die tödlichen Gerüche, die sich im Berliner Norden abspielen mahnen zur größten Vorsicht. Es braucht nicht erst ein Wort darüber gesagt zu werden, daß die Arbeiterklasse mit diesen Vorfällen gar nichts zu tun hat. Sie wird sich aber selbstverständlich auch nicht durch die heftigen und militärischen Versprechungen dazu verleiten lassen, in trennender Weise sich in Mitleidenschaft ziehen zu lassen. Wir können nur die Warnung unserer Parteileitung aufs eindringlichste wiederholen, vor allen Propagandisten auf der Hut zu sein und sich durch nichts provozieren zu lassen.

Wer die alte Sprache der Sozialdemokratie kennt, der weiß sehr genau, was es heißt, wenn vor Propagandisten und Provokationen gewarnt wird. Diese Ausdruckweise ist stets gebraucht worden, wenn es notwendig war, die Arbeiterklasse vor Tollkühnen und dunklen Elementen, die durchaus nicht

immer und ausnahmslos Sozialisten waren, zu warnen. Aus der Parteipraxis in allgemein verständlichem Deutsch überlegt heißt das: „Arbeiter, es gibt Leute, die Euch zu Putschereien verleiten wollen. Nehmt Euch vor ihnen in acht und mißtraut ihnen gründlich!“ In diesem Sinn können wir uns der Warnung der „Freiheit“ nur anschließen.

Ausdehnung des Postauslieferstreiks. Bevorstehende Einschränkung des Fernsprechdienstes.

Berlin, 28. Juni. Die Oberpostdirektion teilt mit: Eine von den streikenden Kraftsträften des hiesigen Postwesens auf heute abend nach der Besetzung der Postämter in Berlin im mittleren Post- und Telegraphendienst beschäftigten Auslieferer hat beschlossen, sofort in einen Unterstufungsstreik einzutreten. Infolgedessen ist es vom 29. Juni ab voraussichtlich nicht in vollem Umfang möglich, den Privatfernsprechverkehr aufrecht zu erhalten. Mit Vorzug werden die Verbindungen von folgenden Teilnehmern hergestellt werden: Militär-, Staats- und Kommunalbehörden, Metzger, Apotheker, Hebammen und Krankenanstalten. Wie weit darüber hinaus andere Anstalten bedient werden können, wird von dem verfügbar bleibenden Personalbestand abhängen. Der Fernverkehr wird hoffentlich nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Prozeß gegen die Mörder des Oberstleutnant v. Klüber. Gegenseitige Verzichtung der Täter.

Vor dem Schwurgericht in Halle begann am Montag die Verhandlung gegen 18 Personen, denen zur Last gelegt wird, an der Ermordung des Oberstleutnant v. Klüber teilgenommen zu haben. Die Anklage lautet gegen alle auf Aufrühr, wobei sämtliche Angeklagte beschuldigt werden, selber Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Die Hauptangeklagten Otto Bauer, Oskar Fiedler, Ulrich Richter und Berthold haben außerdem unter der Anklage des vorläufigen und mit Ueberlegung begangenen Mordes, für die Durchführung der Verhandlung, an der 64 Zeugen und drei Sachverständige geladen sind, fünf Tage in Aussicht genommen. Der erste Angeklagte Bauer bestreitet bei seiner Vernehmung, Klüber angefaßt und beschimpft zu haben und behauptet, daß andere Klüber mißhandelt hätten. Er will den Oberstleutnant im Gegenteil zu seinem Schutze in ein Haus gedrängt haben. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß Zeugen behaupten würden, daß Bauer einen Revolver getragen und mitgehoben habe, Klüber über das Geschehene der Straße in die Saale zu führen, bleibt Bauer bei seiner Ablehnung. Ebenso bestreitet er, den sich am Gesänter haltenden Klüber mit dem Revolver auf die Hände geschlagen und die Umstehenden zur Erziehung Klübers aufgehetzt zu haben.

Bauer wird aber gleich durch den nächsten Angeklagten Fiedler sehr hart belästigt. Fiedler erklärt, Bauer habe den Klüber nicht in dem Haus vertrieben, sondern aus dem Hause herausgeholt, obwohl es ihm ein Leichtes gewesen wäre, Klüber in dem Hause zu lassen und ihn zu retten. Ebenso habe Bauer den Oberstleutnant nach der Saale geschickt und hineinklopfen lassen. Weiter bezeichnet Fiedler den Witzgelehrten Richter als denjenigen, der den Oberstleutnant Klüber erschossen habe. Nachdem Klüber auf die andere Seite der Saale geschommen war, sei Richter über die Brücke gelaufen und habe Klüber aus nächster Nähe erschossen. Die Frage, ob Richter bestimmt der Täter sei, wird von Fiedler bejaht.

Krieg zwischen England und Afghanistan. Die zaristische Regierung und England hatten Afghanistan unter sich in zwei Interessensphären geteilt. Die Sowjetregierung erklärte diesen Vertrag sofort als hinfällig. Der neue Emir von Afghanistan erklärte seinen Staat als unabhängig. Hierdurch hat er natürlich alle mit England geschlossenen Verträge auf und schafft zwischen Afghanistan und England automatisch den Kriegszustand. Der Emir begnügte sich noch lange nicht mit dieser Unabhängigkeitserklärung, sondern ernannte diplomatische Vertreter im Ausland, was ebenfalls seinen Verpflichtungen gegenüber gegenüber läuft. Dieses dürften die Ursachen des jetzigen Krieges zwischen England und Afghanistan sein. Die Tat des Emirs von Afghanistan ist vielleicht nur ein Vorläufer der Ereignisse, die in naher Zeit in anderen Kolonien oder Vassallenstaaten der imperialistischen Ententeänder erfolgen werden.

Seit Jahrzehnten führen die an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter den Kampf gegen die Unfallgefahren in ihrem Berufe. Das von ihnen gesammelte Material ist nun in der genannten Ausstellung zur Schau gestellt, um der breiten Öffentlichkeit sowie den Aufsichtsbekleideten Gelegenheit zu geben, sich von den Folgen der ungenügenden Schutzbestimmungen und Betriebskontrolle zu überzeugen. In Hunderten sind hier die Gliederstumpfe ehemaliger Hände von Maschinenarbeitern ausgestellt. Männer im besten Alter, Jünglinge kaum der Schule entwachsen, ja, selbst Frauen und Mädchen haben dem kolossalen Maschine im Dienste für das Hospital, ihre Gliedmaßen opfern müssen. In Dutzenden säßen die Bilder, in denen dargestellt wird, unter welchen Verhältnissen ein großer Teil dieser Arbeiter noymungen ist, gefährliche schwere Arbeit zu verrichten. Dunkle, ungeladene Kelleräume sind ihre Arbeitsstätten.

Doch es nicht so sein muß, zeigen einige Bilder, von denen gesagt werden kann, daß sie Musterwerkstätten darstellen. Die Ausstellung vorhandener Schutzvorrichtungen gibt den Beweis, daß Unfallverhütung und Unfallhäufigkeit auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können, wenn diese Vorrichtungen auch zur Anwendung gelangen würden.

In einer Reihe von bis zu einem winzigen Rufe angeordneten Werkzeugen wird gezeigt, wie seitens der Betriebsunternehmer, um die Anschaffungskosten zu sparen, mit ständiger Leichtigkeit die Unfallgefahren erhöht werden.

Zugestellt sind ferner Arbeiten, die auf den Maschinen hergestellt sind, und diese zeigen von der Fertigkeit der Arbeit in diesem Berufe; gleichzeitig lassen sie aber auch die Gefahren erkennen, denen diese Arbeiter bei der Herstellung ausgesetzt sind. Auch noch ein anderer tödlicher Feind des Arbeiters, der Staub von 125 verschiedenen Holzarten, ist geordnet zur Schau gestellt. In Lichtbildervorträgen wird die schädliche Wirkung dieses Staubes auf die Atmungsorgane, in leichtverständlicher Form veranschaulicht.

Alles in allem; es gibt nicht Worte, das Grauen zu beschreiben, welches jeden Besucher der Ausstellung befaßt, und noch lange werden sie mir in den Ohren klingen die Schmerzgeschreie der Verunglückten, der Gliederstumpfe Summe Klagen! a b

Der „ewige Pfennig“.

Der heutige 24. Juni ist für Berlin ein Tag zeitgemäßer Erinnerung. Anno 1909 hatten die Verhältnisse auf dem Geldmarkt in der Mark Brandenburg zu einem ähnlichen Uebelstand geführt, wie er heute in so auffallendem Maße unter getarnter Öffentlichkeit Leben beeinflusst. Wenn auch heute die Rotenpresse einen augenblicklichen „Geldmangel“ immer wieder schreiend bezeugt, so ist es doch nicht abzuleugnen, daß ihre „unentwegt“ Tätigkeit außerordentlich viel mit zur Entwertung unseres heutigen Geldstandes beigetragen hat. Bezeichnend lagen damals die Verhältnisse in der Mark

Der ewige Geldmangel, unter dem der Markgraf Ludwig der Ältere litt, zwang ihn, immer wieder neue Münzprivilegien zu verleihen und diese Münzprivilegien bei jeder neuen Erbbe in seiner Hand immer mehr zu erweitern. Schließlich kam es dahin, daß die Kaiserin, an welcher der Markgraf diese Privilegien verpachtet hatte, das Recht erheben, schließlich und später sogar halbjährlich neue Scheidemünzen zu prägen, und das Volk war verpflichtet, die alten Pfennige, die für ungültig erklärt wurden, unter erheblichen Verlusten gegen neue Pfennige umzutauschen. Dies führte schließlich zu ganz unzulässigen Zuständen, da manchmal vier veraltete Pfennige gegen ein untereinander ganz veralteten Pfennig in Umlauf waren.

Die Einführung des Münzwesens war daher für den Handel und Verkehr Berlins wie der anderen Teile des Berliner Münzbezirks, zu dem die Städte Altlandsberg, Köpenick, Berlin, Bernau, Dörfen, Eberswalde, Frankfurt a. Oder, Freienwalde, Jüterbog, Müritzen, Nauen, Prenzlau, Spandau, Strausberg und Zeuthen gehören, von großer Wichtigkeit; denn von einer willkürlichen Erhöhung des Pfennigwertes und dadurch herbeigeführten Verschlechterung des Metallwertes konnte man nicht mehr die Rede sein, auch nicht mehr von einer unangenehmen Ummittelung der Münze mit bedeutendem Verlust. Die Städte wollten eine Münze haben, welche keinen Schaden und keiner Veränderung im Werte unterworfen war, aber, wie sie es nannten, sie wollten einen „ewigen Pfennig“. In diesem Rechte hat Berlin, zugleich für seine nächstgelegenen oben genannten Städte immer fest gehalten und sich von allen Regenten bis auf König Friedrich I. herab, das Recht „des ewigen Pfennigs“ beschaffen lassen, obgleich es später nicht mehr ausgeübt wurde.

Mit der allgemeinen Einführung der böhmischen Groschen zur Zeit der bayerischen Herrschaft und der Goldgulden und Groden, welche die holländischen Pfennige prägen trugen, kamen die Pfennige immer mehr außer Gebrauch und verblieben nur als Scheidemünze.

Die Pfennige, welche die Stadt Berlin im Jahre 1800 von Silber prägen ließ, hatten folgenden Aussehen: Hauptseite: Der Markgraf, der in der rechten Hand eine Lanze, in der linken ein Schwert hält. Rückseite: Der nach rechts schreitende Chr. Um den damaligen Wert eines solchen Pfennigs anzuzeigen, sei bemerkt, daß nach dem Handbuch der Mark Brandenburg von 1377 der Scheffel Getreide 16 auch 16 solcher Pfennige, das Tund Weich 20 N., ein Duhn 2 Pf., und der Scheffel Erbsen 16 Pf., mithin die Reye 1 Pf., galt.

Kostjen.

— „Hauß“ von Avenarius. Ferdinand Avenarius hielt im Stuttgarter Landestheater einen Vortrag über das Hausproblem und seine eigene, zu Chären als Dack ersehntene Hausbildung, von der zwei Szenen aufgeführt wurden. Die Hausbildung von Avenarius schließt sich an den ersten Teil des Goethe'schen Faust an. Statt der Vergnügung durch einen Nachspruch Gottes setzt Avenarius den Sieg Gottes in Haus selbst.

Nationalversammlung zu Weimar

42. Sitzung, Dienstag, den 24. Juni 1919, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. David, Müller, Schmidt, Biffell.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen.

Auf eine Anfrage der Abg. Giffing und Gen. (Zentrum), ob die Regierung bereit sei, mit Rücksicht auf die Teuerung den Besatzern von Unfall- und Altersrenten

eine Erhöhung der ihnen bereits zustehenden Zusatzrenten zu gewähren, und die dadurch entstehenden Kosten auf das Reich zu übernehmen, erklärt Kommissar des Reichsarbeitsamts Dr. Löwe, eine allgemeine Erhöhung der Zusatzrenten ist zurzeit nicht möglich, weil weder Versicherungsbeiträge noch das Reich in der Lage sind, die daraus sich ergebende Mehrbelastung zu tragen. Doch besteht die Absicht, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher, allerdings unter gleichzeitiger Heraufsetzung der Beiträge eine Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger vorstellt. Einwirken sind die Mitgliedstaaten ersucht worden, in besonders dringlichen Einzelfällen durch Zusendungen aus den Mitteln der Kriegsmobilfahrtspflege einzugreifen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen ohne allgemeinen Interesse folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes: Landrentenklassen, Kassenangehörige und Erbschaften.

Die Abg. Jäder (Sog.) und Brühl (N. Sog.) beklagen die Verzerrtheit des Krankenversicherungsgesetzes und fordern die weitere Revision des zweiten Buches der Reichsversicherung. Das Gesetz wird mit einigen Änderungen in allen drei Lesungen verabschiedet.

Nächste Sitzung Dienstag, den 1. Juli, 8 Uhr. (Anfragen, Erbschaftengesetz und Verfassung.)

Vor der Besetzung Oberschlesiens.

Gewalt gegen Gewalt.

Dabek, 24. Juni. (Z. U.) Durch die „Gazeta Robotnicza“ wird nunmehr die deutsche Annahme, daß die Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen, nämlich der Armee Deller, erfolgt. Die Besetzung wird nach dem genannten Blatt nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist unverzüglich erfolgen. Die dazu von militärischer Seite mitgeteilte wird, werden die polnischen Truppen einen blutigen Empfang erhalten.

Cypien, 24. Juni. (Z. U.) Durch die seitens der Alliierten geforderte bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages ist für die deutschen Ostmarken eine neue Sachlage geschaffen worden. Jeder Versuch von polnischer Seite, vorzeitig durch gewaltsamen Einmarsch die beanspruchten Gebiete zu besetzen, wird von deutscher Seite mit den Waffen zurückgewiesen werden. In der Enschlossenheit bis zum äußersten ist sich der gesamte Osten einig.

Eisenbahnerstreik in Breslau.

Wegen die Reaktion der Oberbeamten.

Breslau, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute vormittag hoben sämtliche Eisenbahner und Beamte von Breslau und des umliegenden Güterbahnhofes Breslau-Brandau sowie der größten Betriebswerkstätte Oels die Arbeit niedergelegt. Der Grund liegt in der zunehmenden Reaktion in den oberen Beamtenkreisen. Vor kurzer Zeit wurde in Biegah die Vorstandsmitglieder des dortigen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaftsleiter Kriesschel, wegen seiner Tätigkeit für den Verband gemahnt. Verhandlungen wegen Wieder Einstellung führten zu keinem Ergebnis. Die Eisenbahner von Biegah traten deswegen am Montag in den Streik und ihnen schlossen sich heute vormittag die Arbeiter und Beamten von Breslau, Brodau und Oels an. Der ganze Betrieb lahm. Die Güter gehen nicht ab. Die Forderungen der Eisenbahner gehen u. a. auf Entlassung der beiden Regierungsräte Dröge und Ostermann, die die eigentlichen Urheber der Maßregelung des Gewerkschaftsleiters sind.

Am Montag haben ferner auch die Unterbeamten der Breslauer staatlichen Institute: Universität, Universitätsbibliothek, Technische Hochschule, Regierung und Oberpräsidium ihre Tätigkeit eingestellt, weil trotz beschiedener Lohnansprüche die Wünsche der Angestellten dauernd verschleppt wurde.

Die Kampfanfrage der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei der Nationalversammlung verleiht einen Aufruf an das deutsche Volk, der eine offene Kampfanfrage an die Regierung darstellt. Wir ermahnen ihr folgende Stellen:

Die Deutsche Volkspartei verlangt es, in dieser Stunde endgültiger Zerrüttung deutscher Größe das freiwillige Bekenntnis vor der Nation abzugeben, wie fern sie den politischen Mächten steht, die es über sich bringen, das uns von baherfüllten Feinden angekommene Todesurteil zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk hat sich so oft aus tiefster nationaler Not zu neuem Leben emporgeworfen, die Weltgeschichte hat so oft ein gerechtes Gericht gehalten, daß wir die Waffen des politischen Kampfes am deutschen Lande und die Erneuerung nicht nutzlos sein, sondern laut ins Land den Mut erschöpfen lassen: Deutschland ist tot! Auf zum Kampf für ein neues Deutschland! Zurück von den Mächten der Verwesung und Auflösung der Ordnung! Hinweg mit der nationalen Schwäche und Mutlosigkeit! Würdeloser Tage.

Trotz aller diplomatischen Redewendungen ist der Aufruf als Kampfanfrage nur zu deutlich. Seine Tendenz deckt sich durchaus mit den Bestrebungen der Gegenrevolutionäre, nur daß diese sich nicht so sehr genieren, mit der Wahrheit herauszutreten! Die Regierung möge acht haben!

Industrie und Handel.

Wärte.

Die Wärte hat sich durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages in ihrer Haltung nicht beeinflussen lassen. Es setzte eine erneute Aufwärtsbewegung ein, die um so merkwürdiger betrachtet wird, als gerade die Wärte die Schwere der uns auferlegten Lasten am meisten erkennen mußte. Neben Montan-, Schiffbau- und Kationspapieren waren insbesondere wieder Farbwärte begehrt und sehr vereinzelt bis 12 Proz. höher. Die ausgeprochenen Baumwollwaren waren niedriger, da vom Zollamt eine erneute Befestigung der deutschen Wärla gemeldet wird. Heimische Anleihen waren erholt. Kriegsanleihen stellten sich auf ungefähr 76% Proz.

Groß-Berlin

Plünderung eines Warenhauses am Wedding.

Zwei Tote, drei Verwundete.

Die heutige Nacht ist im allgemeinen ohne größere Zwischenfälle verlaufen, nur am Wedding kam es zu einer Plünderung

bei der die Schutzmannschaft mit der Waffe eingriff und bei der es Tote und Verwundete gab. Wir erfahren darüber:

Da die gestrigen Abendstunden in fast allen Stadtteilen ruhig verliefen, erhielten die Truppen gegen 9 Uhr abends den Befehl, abzurücken. Dabei kam es in der Ader- und in der Brunnenstraße zu kleineren Zwischenfällen. Aus einigen Häusern fielen einzelne Schüsse, doch erwiderten die Truppen das Feuer nicht, um Zwischenfälle zu vermeiden. Auch am Wedding rühten die Regierungstruppen kurz nach 9 Uhr ab, da die Straßen ruhig und der Verkehr sehr schwach geworden waren. Gegen 10 Uhr abends sammelten sich an der Reinholdsdorfer Straße größere Menschenmengen an und zogen nach dem dort gelegenen Kaufhaus R. u. S. Rosen. Hier hielt ein Mann antisemitisch aufreizende Reden und forderte zur Plünderung des Geschäftshauses auf. Auf dieses Signal hin bewaffneten sich junge Burken und Frauen mit Steinen und Eisenspiessen. Die eisernen Gittertüren des großen Kaufhauses wurden aus den Fugen herausgewuchtet und in kurzer Zeit alle zwölf Schaufensteröffnungen eingetreten. Eine Menge Personen drangen nun in die Geschäftsräume ein und plünderten alles, was sie fanden. Die Konfektions-, Wäsche- und Teppichabteilung wurde ausgeraubt. Ganze Ballen Stoff wurden fortgeschleppt. Die Ladentür wurde zerbrochen, doch hatten die Geschäftsinhaber das Geld vor Geschäftsschluß bereits in Sicherheit gebracht. Endlich riefen Hausbesitzer telephonisch das St. Polizeirevier um Hilfe an, das seinerseits sofort das nächste Truppenkommando benachrichtigte und Hilfe erbat. Als die Schutzleute vor dem Kaufhaus erschienen, floh ein Teil der Plünderer. Anderer leisteten jedoch hartnäckigen Widerstand und weigerten sich, das geraubte Gut niederzuliegen. Wüßlich fiel aus dem Laden heraus ein Schuß auf die Beamten, die nun ihrerseits das Feuer erwiderten. Dabei wurden zwei Männer getötet, zwei andere und eine Frau verletzt.

In der Stettiner Straße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Passanten und Angehörigen der Bürgerwehr. Bei der Plünderung der Straße wurden eine Frau Johann und eine Frau Weußliche durch Geschosse verletzt und auf der Unfallstation in der Eichhornstraße verbunden. Auch in der Ader- und in der Bahnhofsstraße mußten eilmärschierende Truppen sich durch hündige Schüsse den Weg freimachen. In größeren Zusammenstößen ist es jedoch dabei nicht gekommen.

In den Berliner Nachhallen widerte sich der Obst- und Gemüseverkauf heute morgen im allgemeinen ruhig ab. Der Großverkauf am Urbanhofen hatte vollstündigen Schluß erhalten, so daß das Ausleben der Obstläden sich ruhig abspielte. Kirchen kosteten im Großhandel 1 M. bis 1,25 M., Erdbeeren 1,75 M. bis 2 M., Schoten und Kohlrabi wurden letztere pro Mandel mit 1,25 M. bis 1,50 M. bezahlt. Die holländischen Gemüse sind natürlich erheblich teurer.

Am heutigen Dienstagvormittag haben auch in Moabit Lebensmittelumstände begonnen. In der Endener Straße stürmten etwa 150 bis 200 Personen ein Lebensmittelgeschäft, in dem angeblich Obst zu teuer verkauft wurde. Hausbesitzer riefen das nächste Polizeirevier um Hilfe an und alsbald erschienen Schutzleute an Ort und Stelle. Die Beamten versuchten die Plünderer zur Verhaftung zu mahnen, wurden jedoch von der aufgeregten Menge verprügelt und zurückgejagt. Daraufhin erging an die Reichswehrbrigade 20 Meldung, die Truppen in Kasernen entsandte. Ein anderes Lebensmittelgeschäft wurde an der Ecke der Weußliche und Turmstraße ausgeraubt. Auch ein Konfektionsgeschäft in der Hattenstraße wurde besetzt.

Die Lebensmittelkassen erscheinen nach den Mitteilungen, welche amtlichen Stellen heute morgen zugegangen sind, in einem anderen Licht als bisher. Es scheint, wie auch die planmäßig auf andere Stadtteile überspringenden Plünderungen beweisen, daß die Vorgänge, die im Norden der Stadt bereits zu Unruhe geführt haben, planmäßig geleitet und nur zu dem Zweck inszeniert worden sind, um die Truppen, denen von Anfang an äußerste Zurückhaltung eingeschärft worden ist, herauszufordern. Den Truppen ist deshalb nochmals der Befehl erteilt worden, sich nicht provozieren zu lassen und von der Waffe erst dann Gebrauch zu machen, wenn sie selbst in Gefahr genommen werden.

Kein ausreichendes Material?

Einer uns zugehenden Zuschrift entnehmen wir folgendes:

In der Berliner Vremenszeit Dalldorf berichtet unter dem Personal starke Unzufriedenheit mit dem Inspektor König. Die nach dem 9. November aus dem Personal eingesehene Rüdten-Kommission mußte sehr bald die Entdeckung machen, daß die häufigen Klagen über mangelhafte Befestigung durchaus berechtigt waren. Es wird behauptet, daß Oberführer und Inspektor zusammengewirkt haben, dem Personal während der Kriegszeit die ihm zulebenden Nahrungsmittel zu entziehen. Weibe werden beschuldigt, daß sie solche Nahrungsmittel für sich selbst und für einige andere bevorzugte Personen verwendet haben. Die Oberführer wurde auf Grund der Feststellungen der Rüdten-Kommission sofort ihres Dienstes enthoben, der Inspektor, der gerade von der Oberführer stark belästigt wird, ist noch heute im Amt. Der Arbeiterausschuß hat wiederholt die Amtsenthebung des Inspektors gefordert und daraus verwiesen, daß das Personal ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringe. Die vorgesehene Beförderung erklärt, das Material genüge nicht, um gegen den Inspektor vorzugehen. Genügt es nicht, die Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit eines Inspektors zu beweisen, wenn von ihm selbst zugegeben wird, wiederholt aus der Küche Milch, Sahne, Fleisch und andere Lebensmittel für sich einzunehmen und verbraucht zu haben? Genügt es weiter nicht, wenn das Vorgehen in so wenig sachgemäher Weise behandelt wurde, daß es von Waden durchfällt? Genügt es nicht, wenn festgestellt wird, daß circa 400 alte und neue Interzelle, die für die Patienten bestimmt waren und ihnen im vergangenen Winter sicher sehr nötig gewesen wären, von Rotten zerfressen wurden? Wenn das nicht genügt, dann ist wohl die Frage berechtigt: Welche Dienstvergehen muß sich ein Inspektor erst zuschulden kommen lassen, bis die vorgesehene Behörde endlich eingreift? Daß der Inspektor behauptet, „gewissenlose Pfleger“ wollen ihn aus seiner Stellung verdrängen, kann doch nicht genügen. Beschwerden unter den Tisch zu schieben und die Stellung des Herrn noch mehr zu befestigen!

Entlastung der Zuschläge zur Einkommensteuer seitens der Gemeinden.

Die preussische Landesversammlung hat unter dem 4. Juni ein Gesetz beschlossen, wonach die Gemeinden für das Rechnungsjahr 1919 ausnahmsweise eine anderweitige Tarifierung der Gemeindefunktionärerzuschläge beschließen können und zwar rückwirkend vom 1. April dieses Jahres ab. Nach den neuen Bestimmungen können die niedrigen Einkommen bis zu 1500 M. um 100 Proz. der gegenwärtigen Tarifhöhe ermäßigt werden, die Einkommen von mehr als 1500 M. bis 3000 M. um 50 bis 100 Proz. Zum Ausgleich können dafür Einkommen von mehr als 3000 M. nach einem Tarif herangezogen werden, dessen Höhe die gegenwärtig geltenden überschreiten können, wobei ebenfalls auch eine Abkürzung stattfinden kann. Hat eine Gemeinde bereits entsprechende Bestimmungen getroffen, so kann unter Anwendung der neuerlichen Bestimmungen eine vom 1. April 1919 ab wirkende Neuordnung erfolgen.

Nach der Ausführungsanweisung soll dieses Gesetz eine Entlastung breiterer Volksschichten bedeuten, den gegenüber die höheren Einkommen entsprechend höher herangezogen sind. Damit soll nicht der künftigen Neuordnung des Kommunalabgabengesetzes vorgegriffen werden.

Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Arbeiterräte der S. P. D.

Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr

Funktionärkonferenz

in den Zentral-Büchsen, Alte Jakobstr. 32. Mitgliedsbuch und Ausweisarte vorgehen.

Der Bezirksvorstand.

Achtung, Parteifunktionäre!

Wegen der Funktionärkonferenz am Mittwoch findet der Vortrag des Genossen Dittmer Mittwoch, den 25. d. M. vor den Parteifunktionären nicht statt. Freitag, den 27. d. M. abends 7 Uhr, wird Genosse Dittmer im Festsaal des Herrenhauses in einem Schlußvortrage die beiden letzten Themen zusammenfassen.

Nach immer wieder muß geschossen werden.

Ein blühendes junges Menschenleben ist der Habgierigkeit eines Regierungssoldaten zum Opfer gefallen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag, veranlaßte der Verein „Arbeiterjugend“ eine Sonnenwendfeier an den Bäger Bolderlei, an der sich auch die beiden Brüder Wegener aus Berlin R. Dunderstr. 76, beteiligen wollten. Des schlechten Wetters wegen blieben die jungen Leute in Schwändwitzer Werder am Großsee, bauten dort ihre Best um zu übernachten. Um 11 Uhr ließ der Kampagnenführer der S. P. D. Kompagnie v. Kleeberg, bei dem Wanderdügel nach Wossen suchen, selbst größere Zeichenmesser mußten abgeliefert werden. Als die Patronenfabrik am Belt der Brüder Wegener standen, schoß aus drei Schrit Entfernung einer der Soldaten und traf den jungen Wegener durch die Brust; nach wenigen Minuten war der junge Mann tot.

Wir erwarten, daß sofort mit aller Energie gegen den leichtfertigen Schützen vorgegangen wird.

Um 250 000 M. befallen. Ein großer Wohnungseinbruch wurde, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntagvormittag im Hause Französischer Straße 10 verübt. Die Besitzerin des Siedemessers in der Hegerstraße, Frau Maria Meyer, die in dem Hause wohnt, besuchte nachmittags mit ihrer Tochter Veronika in Charlottenburg. Abends kehrte sie nach ihrem Geschäft zurück, die Tochter nach Hause. Diese fand jetzt die Wohnung erbrochen. Die Diebe hatten am Hof die Interieur mit Wertgegenständen, die Sicherheitsvorrichtungen zerstört und eine Kasse geöffnet, die 50 000 M. bares Geld, Industrieanlagen und Schmuckgegenstände wie Brillanten usw. enthielt, dazu drei echte Verfertigungsstücke und einen großen Koffer, die für ein Hotel, das Frau Meyer in Bismarckstraße, bestimmt waren, mitgenommen, im ganzen für 200 000 M. — In dem Konfektionsgeschäft von Kochmann in der Seydelstraße 10 erbeuteten Einbrecher für 50 000 M. Regenmäntel, Tuchmäntel, seidene und Tweedstoffe usw. — Bei Q. S. Schein in der Mohrenstraße 57 brachen Diebe durch eine Kabinetttür ein und raubten für 15 000 M. Lebensmittel, Räume usw. — Bei Arthur Reichel in der Splittgerberstraße erbeuteten Einbrecher für 12 000 M. gelbe, weiße, rote und rote Bernsteinsteine.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Preisrückfälle. Die Rinder im 1. und 2. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 3. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 4. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 5. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 6. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 7. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 8. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 9. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt. Die Rinder im 10. Lebensjahre setzten gegen Ende des Monats auf den Markt.

Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Freitag, den 25. Juni, 12 Uhr, bei Gruber, Lantier Weg 7; Bezirksversammlung. (Bericht vom Sozialfest.) Gäste willkommen.

Reichsbund der Kriegsbekämpften. Ortsgruppe Köpenick. Nächste Versammlung am 3. Juli, abends 5 Uhr, im Landhaus und die darauf folgende Versammlung infolge der Ferien erst am 4. September.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

15. Abteilung. Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 Uhr, bei Lange, Unter Eiche 11; Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Klöpper.

17. Abteilung. Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 Uhr, bei Adam, Rosenthalstr. 47; Die Thüringer Straße; Frauenabend. Vortrag der Genossin Winter über: Die Leistung des Kindes.

18. Abteilung. Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in der Schulstraße 11; Die Ader- und Brunnenstraße; Mitgliederversammlung. Vortrag der Genossin Klöpper.

19. Abteilung. Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Reising, Unter Eiche 11; Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Unser Bestehen am Ort und die von den Kriegsbekämpften dazu geleisteten Beiträge. 2. Bericht vom Vorstand. 3. Bericht von der Kreisversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streik der Beamtenausheber.

wird und vom Zentralverband der Handlungsgehilfen geschrieben: Der Ausschuss wäre bei etwas mehr geistiger Beweglichkeit der Staatsbürokratie wohl zu vermeiden gewesen. Von ihr zum Streik gezwungen, suchten die Streikenden, gestützt auf den Glauben an die logische Verantwortlichkeit ihrer eigenen Sache, den einmütig gefassten Streikbeschluss durch Streikposten vor den bestreikten Dienstellen hochzuhalten. Sämtliche Eingänge des Reichswehrministeriums waren aber inzwischen durch bewaffnete Reichswehr-Regimente besetzt. Das Streikrecht des deutschen Staatsbürgers wurde von ihnen in der eigensinnigen Weise zu unterbinden versucht. Ohne den geringsten Anlaß wurden Streikposten lebende Damen von den Reichswehr-Regimenten verhaftet. Die Grundlosigkeit der Verhaftungen geht schon aus dem Umstand hervor, daß sie einige Stunden später wieder freigelassen werden mußten. Offensichtlich liegt der Befehl vor, die sich möglichst weit einwirkenden Streikposten vor der Auflösung zu bewahren. Die Streikposten sind nicht zum ersten Male haben die Reichswehr in einen wirtschaftlichen Kampf zugunsten der Arbeiter eingegriffen. Die Öffentlichkeit, besonders aber die arbeitenden Volksschichten haben ein Recht zu verlangen, daß derartige Eingriffe in die gewerkschaftliche Tätigkeit unter allen Umständen zu unterbinden werden. Man sollte die Willkür des Volkes nicht durch das provokatorische Eingreifen des Militärs in wirtschaftliche Kämpfe vergrößern.

In einer Massensammlung der Beamtenausheber und Ausheberinnen im großen Saal der „Wärte“ erklärte Wendland über die Verhandlungen mit der Oberpostdirektion. Die Verhandlungen seien schon seit Monaten im Gange. Die Forderungen

